



Demokratie (be)leben!

Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich

Einige Weichenstellungen sind dafür allerdings entscheidend:

1. **Demokratie braucht – junge und engagierte – Demokratinnen und Demokraten.** Junge Menschen müssen erfahren können, dass Demokratie die besten Möglichkeiten für ein gutes Zusammenleben bietet. Ihre Beteiligung ist entscheidend für die Zukunft unserer Demokratie.
2. **Junge Menschen wollen Politik und Gesellschaft** mitgestalten sind aber unzufrieden über den Mangel an konkreten Beteiligungsmöglichkeiten.
3. **Demokratie lernen heißt Demokratie leben.** Demokratische Orientierung entsteht durch Beteiligungserfahrungen. Daneben muss durch politische Bildung auch die politische Orientierungsfähigkeit von Jugendlichen gestärkt werden.
4. **Schulen müssen „Erfahrungs- und Lernorte“** von Demokratie werden, denn sie erreichen auch Jugendliche, die sonst keinen Zugang zu gesellschaftspolitischem Engagement finden.
5. **Ein lohnender Blick über den Tellerrand:** Schulen können im Zusammenspiel mit ihrem lokalen Umfeld zur politischen Mitgestaltung motivieren.
6. **Jugendverbände sind „Werkstätten“ für Demokratie und Engagement,** wenn sie Verantwortungsübernahme und Mitbestimmung Jugendlicher praktizieren und die politische Dimension ihres Handelns verdeutlichen.
7. **Nachwuchsförderung in Parteien kann gelingen,** wenn jugendlichen Interessen und Engagementformen Raum gegeben wird.
8. **Mächtig engagiert!** Wichtig für junges Engagement sind politisch interessierte und aktive Freunde. Selbstinitiierte Aktivitäten Jugendlicher sind förderungswert, weil sie oft auch andere Jugendliche begeistern.
9. **Alle müssen können dürfen!** Wie man auch Jugendliche erreicht, die sich sonst selten engagieren, kann man u.a. von den Gewerkschaften lernen.
10. **Wir müssen nur woll'n?!** Junge Menschen zu langfristiger Mitwirkung zu motivieren verlangt Veränderungsbereitschaft von Organisationen.

INHALT

Zur Fachtagung „Demokratie (be)leben!“ – Forum Jugend und Politik	3
Zur Ausgangslage – Dr. Serge Embacher	4
10 Thesen für mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement Ergebnisse der Fachtagung	7
Die Mitwirkenden im Überblick	19

Online-Dokumentation

Eine ausführliche Dokumentation der Diskussionsbeiträge, Präsentationen und Gesprächsrunden der Fachtagung „Demokratie (be)leben!“ finden Sie als Audio-, Video- oder Schriftdokumente unter:

http://www.fes.de/forumjugend/html/Demokratie_beleben.php



April 2010



ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Forum Jugend und Politik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Telefon: 0228 883 7110

Fax: 0228 883 9223

Redaktion: Anne Haller, Valerie Lange, Kerstin Ott

Fotos: Alexander Kraft

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: braunschweig-druck GmbH

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Texte dieser Veröffentlichung basieren auf Mitschnitten der Veranstaltung „Demokratie (be)leben!“, können aber nicht als Namensbeiträge zitiert werden. Geäußerte Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Forum Jugend und Politik

Zur Fachtagung „Demokratie (be)leben!“

Durch junges, gesellschaftspolitisches Engagement Demokratie (be)leben – wie kann uns das gelingen? Diese Frage haben wir am 11. Dezember im Rahmen unserer Fachtagung mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Schule, außerschulischer politischer Bildung und aktiven Jugendlichen in Bonn diskutiert. „Demokratie leben“ beschreibt dabei zunächst eine ganz grundsätzliche Aufgabe, vor der wir immer wieder neu stehen: Demokratie bleibt nur dann lebendig, wenn auch Jugendliche und junge Erwachsene sie leben und sich aktiv in Politik und Gesellschaft einbringen.

„Demokratie beleben“ legt aber auch nahe, dass bestimmte Veränderungen in der Engagementbereitschaft Jugendlicher ein Nachdenken darüber erforderlich machen, ob wir wirklich schon alles getan haben, um Jugendliche für Demokratie zu gewinnen oder ob wir nicht manches auf den Prüfstand stellen und verändern müssen.

Der Austausch der verschiedenen Akteure war uns dabei wichtig: Jugendverbände und -initiativen können wichtige Orte selbstorganisierten Engagements und Demokratieerfahrungen junger Menschen sein. Schule und außerschulische politische Jugendbildung erweitern den Horizont um eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, können aber auch ihrerseits Engagement initiieren und fördern. Um die Lebensverhältnisse nachhaltig zu gestalten, muss man seine Anliegen jedoch in die Politik tragen.

Die Vielfalt an Ideen und Ansätzen für mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement, die wir gemeinsam zusammentragen konnten, soll über die Tagung hinaus in dieser Publikation zur Sprache kommen. Diese Vielfalt ist beeindruckend und wichtig: denn so unterschiedlich Jugendliche sind, so unterschiedlich sind auch ihre Formen, sich einzubringen und so unterschiedlich muss auch erfahrbar sein, dass Engagement sich lohnt.



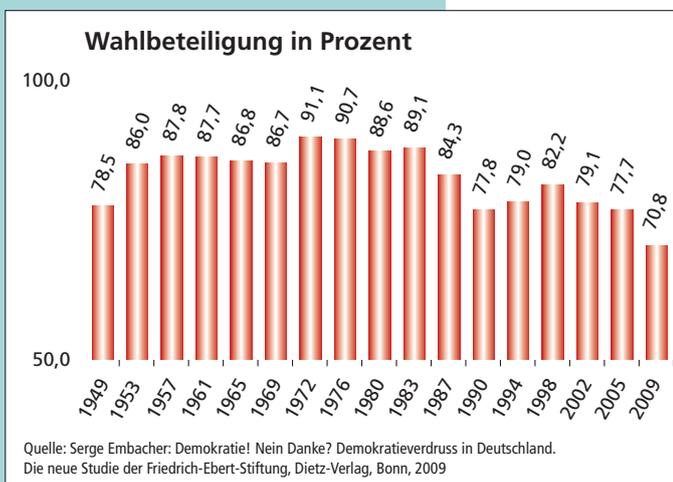
Im Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung möchten wir mit politischen Jugendbildungsangeboten junge Menschen für Politik interessieren, ihre Beteiligung fördern und ihr gesellschaftspolitisches Engagement unterstützen.

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie unter: www.fes.de/forumjugend

Dr. Serge Embacher

Zur Ausgangslage

In unserem Alltagsverständnis halten wir es für selbstverständlich, immer in einem demokratischen System zu leben. Demokratie ist aber immer neu auf die aktive Zustimmung und Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die sinkenden Wahlbeteiligungsquoten der letzten Jahre lassen allerdings ernsthaft daran zweifeln, ob diese Voraussetzungen für eine repräsentative Demokratie in Deutschland noch in ausreichendem Maße bestehen.



Bei Betrachtung der Wahlbeteiligungsquoten seit Gründung der Bundesrepublik ist zuallererst festzustellen, dass die Beteiligung über die Jahrzehnte hinweg schon immer Schwankungen ausgesetzt war. Dennoch kann man sagen, dass, nachdem die Demokratie einmal akzeptiert wurde, es in den Jahrzehnten der Bundesrepublik immer eine konstant hohe Wahlbeteiligung gab und es lange selbstverständliche staatsbürgerliche Attitüde war, zur Wahl zu gehen. **Bei der letzten Bundestagswahl lag die Wahlbeteiligung allerdings nur noch bei 70,8 Prozent.** Das bedeutet in absoluten Zahlen ausgedrückt, dass etwas über 18 Millionen Wahlberechtigte nicht zur Wahl gegangen sind. Es wäre jedoch zu einfach, das Problem einfach bei

den Nichtwählern zu suchen: **Wenn so viele Menschen sich nicht an so etwas Wichtigem wie einer Bundestagswahl beteiligen, dann stimmt womöglich auch etwas mit dem System nicht.** Der Frage nach dem Grund sinkender Wahlbeteiligung widmete sich eine repräsentative Untersuchung des Münchner Instituts Polis/Sinus im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel *Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz als zentrale Herausforderung für politisches Handeln*. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in der Studie *Demokratie! Nein Danke?* dargestellt, deren wichtigste Befunde hier vorgestellt werden sollen.

Demnach interessieren sich 75 Prozent der Befragten zumindest partiell für Politik – gleichzeitig sagte aber fast die Hälfte, dass sie sich vorstellen könnte, sich nicht an der nächsten Bundestagswahl zu beteiligen. Es gibt also eine relevante Anzahl an Menschen, die sich zwar grundsätzlich für Politik interessieren, aber nicht motiviert sind, sich an einer bestimmten Art von (Partei- und Institutionen-)Politik zu beteiligen. Denn was die Untersuchung auch ergab, war, dass die demokratischen Werte als solche intakt sind. Über 80 Prozent der Befragten halten Ge-

rechtigkeit für einen zentralen politischen Wert – und darunter verstehen sie fast durchgehend soziale Gerechtigkeit. **Soziale Sicherheit, Vertrauen und Gerechtigkeit sind zentrale demokratische Werte, die auch die Erwartungen an die Politik bestimmen.** Wenn man diese Befunde mit der Einschätzung der Realpolitik konfrontiert, dann kann man sehen, dass die meisten Menschen den Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen der letzten Jahre mit großer Skepsis begegnen. 57 Prozent sagen, dass sie eine Reformpause wünschen bzw. Reformen rückgängig machen wollen. So hat sich die ursprünglich positive Bedeutung des Reformbegriffs in den letzten Jahren umgekehrt – von der Verbesserung der materiellen Bedingungen für niedrige Einkommensgruppen und benachteiligte Schichten hin zur Kürzung sozialstaatlicher Leistungen.

Der zweite zentrale Befund der Studie ist, dass in Deutschland eine latente Atmosphäre der Unsicherheit herrscht. **16 Prozent der Befragten machen sich große Sorgen um ihre materielle Zukunft, 53 Prozent zumindest manchmal.** Insgesamt betrifft diese Unsicherheit also zwei Drittel der Befragten. Diese Einstellung, die sich deutlich vergrößert hat und mit der Reformpolitik der letzten Jahre in Zusammenhang zu sehen ist, ist ein zentraler Grund für Demokratiedistanz und Politikfrust. Und hier sind, das zeigt die Untersuchung weiter, die Werte alarmierend: **37 Prozent sind der Ansicht, dass die Demokratie in Deutschland nicht gut funktioniert – in Ostdeutschland sind es sogar 61 Prozent.** 32 Prozent meinen, dass Demokratie nicht zur Lösung gesellschaftlicher Probleme taugt. 25 Prozent sagen, dass sie mit der Demokratie, so wie wir sie heute kennen, nichts zu tun haben oder nichts zu tun haben wollen. Und ganze 22 Prozent sind der Meinung, dass die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik nicht unbedingt erhaltenswert sei. **Generell gibt es damit eine starke Diskrepanz zwischen den demokratischen Werten, also dem, was die meisten Menschen unter Demokratie verstehen, und der Einschätzung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit.**

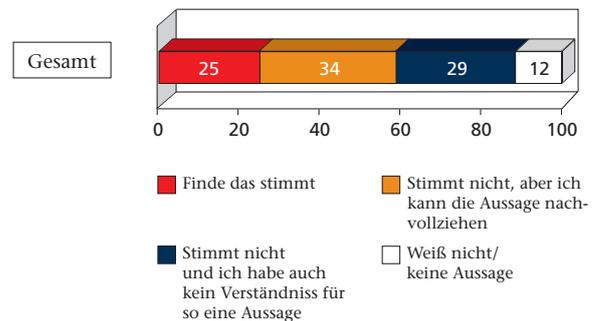
Was bedeuten diese Befunde nun übertragen auf junge Menschen, die ihre Einstellung zur Demokratie erst noch festigen müssen? Zunächst: Junge Menschen sind nicht frustrierter als ältere. Aber sie entwickeln erst eigene politische Einstellungen und brauchen Orientierung. Das gilt sowohl für das Wissen über Institutionen und das System als auch für ihre normative Orientierung. Die 16- bis 24-Jährigen zeigen aber wesentlich mehr Engagement als die Erwachsenen. Laut der Shell-Jugendstudie 2006 etwa engagieren sich drei Viertel aller Jugendlichen in unterschiedlichen Projekten, Organisationen, Vereinen



Demokratie: Funktioniert die Demokratie?

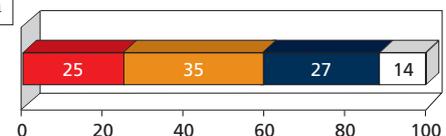
„Eigentlich will ich die Demokratie, aber so, wie sie bei uns heute ist, habe ich damit nichts zu tun“

Basis: Gesamt



Alter in Jahren

16–24



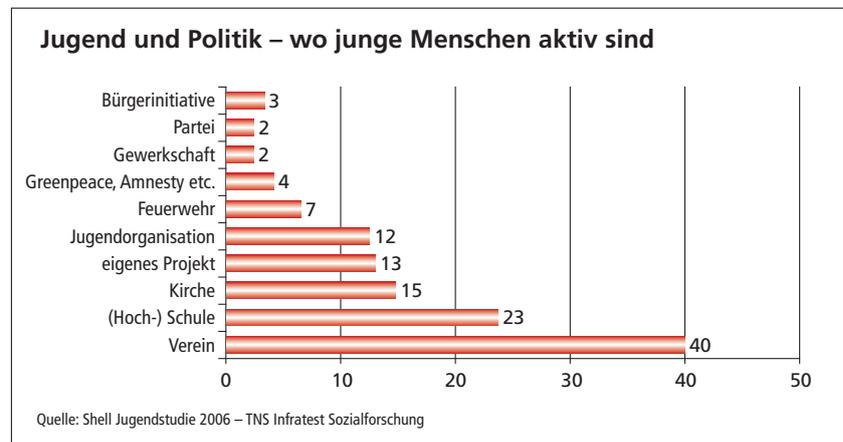
Quelle: Serge Embacher: ebd.



Dr. Serge Embacher

geboren 1965, lebt in Berlin. Er ist Politikwissenschaftler und Publizist. Nach dem Studium in Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte er mit einer Arbeit über kritische Theorie der Öffentlichkeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bürgergesellschaft und Demokratiepoltik. Zuletzt ist von ihm die FES-Studie *Demokratie! Nein danke? Demokratieverdruss in Deutschland* (Dietz-Verlag, Bonn, 2009) erschienen.

und Initiativen. Gleichzeitig können sie jedoch auch schneller frustriert werden und sind anfälliger für politikdistanziertes Verhalten. Deshalb ist es umso wichtiger, wie man mit dem Engagement junger Menschen umgeht.



Die Ausbildung eines demokratischen Bewusstseins bei jungen Menschen ist deshalb so wichtig, weil es dabei um nichts weniger als um Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Moderne, pluralistische, multiethnische und multioptionale Gesellschaften wie die deutsche sind unbedingt auf eine Kultur des demokratischen Zusammenlebens angewiesen – und das nicht nur aus normativen Gründen, sondern auch, um funktional gesehen steuerbar zu bleiben. Demokratie ist außerdem eine Lebensform der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die es zu bewahren gilt. **Deshalb ist die politische Bildung für junge Menschen zentral und muss mit Partizipation verbunden sein.** Man kann nicht nur unterrichten, dass die Politik Beteiligungsmöglichkeiten bieten sollte. Schon während des Lernens müssen sich die Lernenden beteiligen können, auch wenn partizipatorisches Lernen eine große Herausforderung für die Unterrichtenden darstellt.

Fazit: Junges Engagement muss unbedingt ernst genommen werden. Alle Akteure sind aufgefordert darüber nachzudenken, wie man das etablierte System so öffnen kann, dass Beteiligung gerade von jungen Menschen tatsächlich möglich ist und nicht lediglich proklamatorisch verkündet wird. Junge Menschen müssen die Erfahrung machen können, dass Demokratie die besten Voraussetzungen für ein faires Zusammenleben bietet.

1. Demokratie braucht – junge und engagierte – Demokratinnen und Demokraten

Der Begriff *Demokratie* stammt aus dem Griechischen und bedeutet *Herrschaft des Volkes*. Das bedeutet nicht allein, dass die Regierung sich aus der Bevölkerung eines Landes rekrutiert und von ihr gewählt wird. **Erst die Überzeugung und Beteiligung der Menschen macht Demokratien lebendig.** So bieten Demokratien dem Einzelnen zwar ein hohes Maß an individueller Freiheit, sie erfordern jedoch auch die Übernahme von Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung. Es wird aber niemand als Demokratin oder Demokrat geboren, die Basis für ein demokratisches Bewusstsein muss sich im Kindes- und Jugendalter ausbilden. Demokratie muss erlernt werden – und zwar nicht in einem singulären Prozess der Wissensvermittlung, sondern durch das Erleben von Demokratie als spezifischer Form des Zusammenlebens, welche sich ihre Bürgerinnen und Bürger immer wieder neu erkämpfen müssen. Deshalb ist sowohl bürgerschaftliches als auch politisches Engagement von Kindern und Jugendlichen für die Stabilität und Überlebensfähigkeit von Demokratien so wichtig. Nur wer schon früh erfahren hat, was man mit Freiwilligendiensten oder ehrenamtlichem Einsatz, der Arbeit in der Schülervvertretung oder in Jugendverbänden, dem Sammeln von Unterschriften und der Teilnahme an Demonstrationen oder politischen Initiativen erreichen kann und wie hier Demokratie „gemacht“ wird, der wird auch in seinem späteren Leben seine Umgebung mitgestalten, für seine Überzeugungen und Werte eintreten sowie bewusste Wahlentscheidungen treffen können – kurz ein(e) mündige(r) Bürger/in werden. **Gesellschaftspolitisches Engagement ist für Kinder und Jugendliche Teil der Identitätsbildung zu jungen Demokratinnen und Demokraten.**



Kerstin Ott, Forum Jugend und Politik



Julia Böhnke, Nina Horré

2. Junge Menschen wollen Möglichkeiten, Politik und Gesellschaft mitzugestalten



In Deutschland leben 9,4 Millionen Menschen unter 25 Jahren. Etwa ein Viertel von ihnen ist nach Angaben des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts in sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen aktiv oder Mitglied in einer Partei. Damit sind die **Jugendlichen die am stärksten freiwillig engagierte Generation**. Dennoch wäre noch deutlich mehr gesellschaftspolitisches Potenzial unter den jungen Menschen zu aktivieren. Der Jugendsurvey ermittelte auch, dass die meisten Jugendlichen an Politik interessiert sind und die Gesellschaft mitgestalten wollen. Woran liegt es, dass dieses Interesse bei so vielen nicht in politisches und bürgerschaftliches Engagement überführt werden kann?

„Kinder wollen auch mal ihre Meinung sagen, und ich finde es ungerecht, dass immer nur die Erwachsenen gefragt werden.“

„Wir sind die Zukunft, und wir werden nicht beachtet. Wir sind diejenigen, die später mal Politik machen müssen und die Verantwortung tragen müssen.“

„Wenn man Interessen hat, dann muss man dafür kämpfen, und dafür lohnt es sich auch, sich einzusetzen.“

Aus dem Film „Junge Stimmen zu Politik und Demokratie“. Hierfür befragten Jugendreporterinnen vor der Bundestagswahl 2009 Jugendliche in der Bonner Innenstadt.

Link zum Film
www.fes.de/forumjugend/html/Demokratie_beleben.php

Erstens, das ist ein weiteres Ergebnis des Jugendsurveys, engagieren sich nur ganz bestimmte Gruppen. Jugendliche mit höherer Bildung sind demnach sowohl in Vereinen und Verbänden als auch in den neuen sozialen Bewegungen deutlich überrepräsentiert und insbesondere Mädchen mit Migrationshintergrund sind kaum politisch engagiert. Zweitens bevorzugen junge Menschen **neue soziale Bewegungen**, in denen sie zeitlich befristet aktiv sein können, keine institutionelle Bindung und Verpflichtung eingehen müssen und sich im eigenen Umfeld und mit eigenen Themen beschäftigen. Hier haben sie das Gefühl, tatsächlich etwas bewegen zu können. Herkömmliche Formen des Engagements, zum Beispiel in **Parteien und Gewerkschaften, sind für Jugendliche weniger attraktiv**. Das liegt zum einen an einer generell größeren Skepsis gegenüber den Parteien, zum anderen an den immer komplexeren politischen Prozessen, die gerade für Jugendliche nur mit viel Durchhaltevermögen mitzugestalten sind. Aber auch der höhere Leistungsdruck in der Schule und die gewachsenen beruflichen Anforderungen, Zwänge wie die Ausgestaltung von G8 oder Zentralabitur können ein verstärktes gesellschaftspolitisches Engagement junger Menschen behindern, weil weniger zeitliche Freiräume verbleiben. Viele Jugendliche zögern außerdem, gesellschaftlich oder politisch Verantwortung zu übernehmen, weil sie ihre eigene Kompetenz dazu anzweifeln. Erfahrungen im „vor“-politischen Raum, im Jugendzentrum, im Schülercafé oder im Sportverein mit eigenem Engagement selbst etwas bewirken zu können, können wichtige Schritte für späteres Engagement sein.

Wer junge Menschen zur aktiven Teilhabe an Bürgerschaft und Politik gewinnen möchte, der muss sich diese Hindernisse bewusst machen, die vorhandenen Probleme der Jugendlichen ernst nehmen und die Angebote für eine gesellschaftspolitische Partizipation junger Menschen entsprechend anpassen.

3. Demokratie lernen heißt Demokratie leben

„Demokraten fallen nicht vom Himmel“ (Theodor Eschenburg) – und gesellschaftspolitisches Engagement Jugendlicher entsteht nicht von alleine. Voraussetzung ist ein grundlegendes Demokratieverständnis, das von Elternhaus und Schule vermittelt werden muss. Eine besondere Rolle fällt dabei der Schule zu, weil hier alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft erreicht und demokratische Handlungsweisen eingeübt werden können.

Von sozialem Lernen bis Politikkompetenz – Demokratielernen muss alle Dimensionen von Demokratie beinhalten:		
Demokratie als Herrschaftsform	Demokratie als Gesellschaftsform	Demokratie als Lebensform
Regelung des Zusammenlebens eines Volkes	Regelung des Umgangs miteinander in einer Gemeinschaft	Verhalten eines jeden Einzelnen
... bedeutet zum Beispiel:		
<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsstaatlichkeit/ Menschenrechte - Volkssouveränität/ Wahlen - Parlamentarismus/ Parteienwettbewerb - Gewaltenteilung - Soziale Sicherung 	<ul style="list-style-type: none"> - friedliche Konfliktbewältigung - Pluralismus - Recht auf Mitbestimmung - Recht auf freie Meinungsäußerung - Chancengleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> - eigene Interessen vertreten und sich für andere einsetzen - Toleranz - Gewaltfreies Verhalten - Engagement und Beteiligung
Quelle: Eigene Darstellung „Drei Dimensionen von Demokratie“ nach Prof. Dr. Gerhard Himmelmann		

Die politische Bildung in der Schule muss die Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, sich mit Macht und Herrschaft kritisch auseinanderzusetzen und ein politisches Bewusstsein entwickeln zu können. Dazu gehört auch zu erfahren, dass politische Erfolge manchmal lange auf sich warten lassen und Durchhaltevermögen erfordern. **„Schulen dürfen keine politikfreien Räume sein**, auch Diskussionen über Parteipolitik gehören in die Schulen. Die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist es, dafür Sorge zu tragen, dass dies ausgewogen geschieht und sich die Schülerinnen und Schüler ihre eigene Meinung bilden können“, fordert Benedikt Widmaier, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung des Bistums Mainz, eine politikzentriertere Perspektive der politischen Bildung in der Schule ein.



Prof. a.D. Dr. Gerhard Himmelmann

„Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen gelernt werden. Kinder und Jugendliche sollen bereits in jungen Jahren Vorzüge, Leistungen und Chancen der Demokratie erfahren und erkennen, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie Toleranz niemals zur Disposition stehen dürfen – auch nicht in Zeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.“

Aus: *Stärkung der Demokratieerziehung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009*

So können Jugendliche Schule demokratisch mitgestalten:

In einem Klassenrat, der einmal wöchentlich zu einer festgelegten Zeit tagt, besprechen die Schülerinnen und Schüler Konflikte oder andere wichtige Themen und entscheiden über das Schulleben und Unterrichtsgeschehen mit. Der Klassenrat entsendet zugleich „Abgeordnete“ in die Schulversammlung.

In einer Schulversammlung entscheiden Schülervertreterinnen und -vertreter, Eltern und Lehrkräfte gleichberechtigt über ihre schulischen Belange.

Über z. B. ein Schulbarometer werden die Sichtweisen von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern auf die Schulwirklichkeit regelmäßig eingeholt.

Schülerinnen und Schüler können Unterrichtsinhalte und -formen in eigenen Projekten mitgestalten oder geben ihre Talente z.B. als Lerncoaches für andere Schülerinnen und Schüler weiter.

Diese Anforderungen kann der theoretische Unterricht alleine nicht erfüllen, **Schülerinnen und Schüler müssen auch praktisch erfahren, was gesellschaftspolitische Partizipation bedeutet.** Julia Böhnke, Vorstandsmitglied des SV-Bildungswerkes, berichtet, dass in den meisten Schulen Mitbestimmung schwierig sowie das Verständnis für außerschulisches gesellschaftspolitisches Engagement gering sei: „Immer dann, wenn sich Schüler engagieren, insbesondere dann, wenn sie dies niederschwellig und weniger angepasst tun, stoßen sie auf Widerstand von Lehrerinnen und Lehrern.“ Dabei ist es für die Aktivierung gesellschaftspolitischen Engagements Jugendlicher besonders wichtig, dass ihre ersten Bemühungen erfolgreich verlaufen und Anerkennung finden, weil die Frustrationsschwelle junger Menschen oft niedrig ist. Eine funktionierende Partizipationskultur in der Schule kann genau diese positiven Erfahrungen bieten. Schülerinnen und Schüler müssen die Gelegenheit erhalten, Verantwortung für ihre Schule übernehmen zu können. Dazu ist ein Perspektivenwechsel der **Lehrerinnen und Lehrer** erforderlich, die es zulassen müssen, **einen Teil ihrer Verantwortung abzugeben.** Ebenso wichtig ist es, dass den Schülerinnen und Schülern Aktivitäten ermöglicht werden, die nicht direkt mit dem Schulstoff in Verbindung stehen. Solche Freiräume können in Ganztagschulen am einfachsten geschaffen werden.

Die Diskussionsbeiträge von Benedikt Widmaier und Julia Böhnke finden Sie in unserer Online-Dokumentation:

http://www.fes.de/forumjugend/html/Demokratie_beleben.php



Benedikt Widmaier, Julia Böhnke

4. Schulen müssen „Erfahrungs- und Lernorte“ von Demokratie werden

„Die Vermittlung von Wissen und Inhalten allein genügt nicht, um demokratische Orientierung und Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Die an den meisten Schulen bislang praktizierte politische Bildung greift oft zu kurz“, so Prof. Dr. Gerhard Himmelmann, Mitglied im Fachbeirat des Bund-Länder-Programms *Demokratie lernen & leben*, das viele Ansätze für eine Einbettung demokratischer Elemente in den Schulalltag gibt. Das Programm ist getragen von der Idee, Demokratie nicht nur als Herrschafts-, sondern auch als Gesellschafts- und konkrete Lebensform zu verstehen und erfahrbar zu machen. Demokratie wird als Lerngegenstand nicht nur auf den Politikunterricht beschränkt, sondern in der Schule gelebt und damit von den Schülerinnen und Schülern durch Erfahrung erlernt. Wie aber muss man sich eine solche demokratische Schulkultur vorstellen, die die aktive Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern an demokratischen Prozessen fördert und ihnen die notwendigen Kompetenzen für bürgerschaftliches Handeln und politische Partizipation vermittelt? Für die Initiatorinnen und Initiatoren des Programms *Demokratie lernen & leben* sind **Partizipationsmöglichkeiten** für die Schülerinnen und Schüler, **Konfliktlösungsstrategien**, **Gewaltprävention**, **eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Schülern und Lehrern** und **das projektorientierte Bearbeiten politischer Themen** – zum Beispiel durch Juniorwahlen oder Schülerkongresse – wichtige Bausteine, die es ermöglichen, demokratische Handlungsweisen schon in der Grundschule einzuüben.

Die Erfahrungen aus dem BLK-Programm zeigen, dass Demokratie und Beteiligung auch das Lernen in der Schule selbst, das Schulklima, die Lernmotivation und den Umgang der Schülerinnen und Schüler miteinander fördert. Miriam Hübner, Beraterin für Demokratiepädagogik im BLK-Transferprogramm Rheinland-Pfalz, sieht in der Vernetzung der Schulen untereinander ein weiteres wichtiges Element demokratischer Schulkultur. In Rheinland-Pfalz sind vier regionale Schulnetzwerke entstanden, in denen die Schulen voneinander lernen können. Die Schulen der Netzwerke geben ihre Erfahrung durch Fortbildungen und Hospitationen auch an andere Schulen weiter und sichern so die Verbreitung einer demokratischen Schulkultur in Rheinland-Pfalz.

Die Diskussionsbeiträge von Prof. Dr. Gerhard Himmelmann und Miriam Hübner finden Sie als Audiodateien in unserer Online-Dokumentation.



Miriam Hübner

Das Programm Demokratie lernen & leben wurde von 2002 bis 2007 in 13 Bundesländern an 200 Schulen erprobt. Zielsetzung war es, durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben demokratische Orientierung und die Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler zur aktiven Mitwirkung an Politik und Gesellschaft zu fördern.

Weitere Informationen:
www.blk-demokratie.de

5. Ein lohnender Blick über den Tellerrand: Schulen in Netzwerken für Demokratie

„Die Arbeit in sozialen Netzwerken ist motivierend und bereichernd.“

Nina, 24

„Mich ärgert, dass es so viele Jugendliche gibt, die sagen, dass sie etwas stört, dann aber nichts dagegen unternehmen. Deshalb engagiere ich mich.“

Julia, 21

„Es fühlt sich niemand dafür verantwortlich, uns den Zugang zur Mitbestimmung zu erleichtern.“

Mira, 19

„Ich will politisch mitdiskutieren, aber von der Schule wird man nicht genügend unterstützt.“

Helena, 18



Schule ist nicht der einzige Ort, an dem Jugendliche demokratische Handlungsweisen einüben können. Denn dem Engagement hier sind Grenzen gesetzt gegenüber dem, was in freiwilligen Zusammenhängen möglich ist. **Schule kann aber Knotenpunkt eines Netzwerkes** aus Jugendvereinen, -verbänden, -initiativen und -gruppen, aus Aktiven politischer Jugendbildung und Politik sein. Durch eine solch offene Schule werden Jugendlichen die vielfältigen Möglichkeiten gesellschafts-politischen Engagements nahe gebracht, so dass auch Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster Interessen erfahren können, auf welchem Wege sie sich politisch und gesellschaftlich einbringen und so aktiviert werden können. Dabei muss die Initiative nicht von den Schulen ausgehen: **Auch Jugendvereine und -verbände können**, zum Beispiel durch die Jugendlichen, die bei ihnen mitarbeiten, **auf die Schulen zugehen oder sich untereinander vernetzen**, um so ihre Themen vielen Jugendlichen nahebringen zu können.

Wie kann die Arbeit in einem Jugend-Netzwerk nun konkret aussehen? Eine Kooperation mit Vereinen wie *Amnesty International*, die Schulen zum Beispiel Unterrichtseinheiten über Menschenrechte anbieten, kann zeitlich befristet, projekt- und themenbezogen erfolgen. Ein solches prozessorientiertes Lernen in einem anderen Lernzusammenhang und -umfeld ist für viele Jugendlichen einfacher und nachhaltiger. Sozial- und Umweltverbände können in speziellen Projekttagen oder Sprechstunden in der Schule über ihre Arbeit informieren und die Jugendlichen für eine ehrenamtliche Tätigkeit oder ein freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr gewinnen. Jugendforen, Kinder- und Jugendbeiräte oder Kinder- und Jugendparlamente, die in Kommunen und Stadtteilen vermehrt entstehen, können in Kooperation mit Schulen und Jugendverbänden nicht nur Interessierte mobilisieren, sondern auch die Themen und Alltagsprobleme identifizieren, bei denen die Kinder und Jugendlichen Handlungsbedarf sehen. Und die Jugendlichen selbst haben durch die Vernetzung die Chance, für die Durchsetzung ihrer Interessen eine größere Anzahl Unterstützerinnen und Unterstützer zu erreichen – etwa für die Erneuerung von Sport- und Spielplätzen oder Anti-Rassismus-Kampagnen, Projekte also, für die sich die verschiedensten Akteurinnen und Akteure einsetzen.

6. Jugendverbände sind „Werkstätten“ für Demokratie und Engagement

Die Mitgliedschaft in Jugendverbänden ist für viele Jugendlichen ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags. Hier finden sie Aufnahme in eine Gemeinschaft und können ihren Interessen nachgehen. Jugendverbände bieten Kindern und Jugendlichen aber nicht nur verschiedene Formen der Freizeitgestaltung, **sie sind auch ein Forum für junge Menschen, ihre Ideen einzubringen und selbst Verantwortung zu übernehmen.** Und nicht zuletzt engagieren sich Jugendliche, so ein Ergebnis der EUYOUPART-Studie, vor allem dort, wo andere Jugendliche oder Freunde bereits aktiv sind. Sven Frye, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings, stellt heraus: **„Jugendverbände sind Werkstätten für Demokratie**, da Kinder und Jugendliche hier lernen, ihre Meinungen zu formulieren und selbstorganisiert Alternativen auszuprobieren.“ Gerade in Hinblick auf gesellschaftspolitisches Engagement sind die verschiedenen Verbände jedoch unterschiedlich zu bewerten: Sportvereine, die nach Angaben des Freiwilligensurveys 2004 die meisten Mitglieder auf sich vereinen – hier sind etwa 50 Prozent aller Jugendlichen organisiert – sind in erster Linie Freizeitstätten, während Verbände wie der BUND oder die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken einen gesellschaftspolitischen Auftrag verfolgen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch in Verbänden, die nicht per se gesellschaftspolitisch engagiert sind, Politisches zum Thema werden kann. Ein gutes Beispiel ist die Jugendwahl U18, die junge Menschen für Wahlentscheidungen sensibilisieren und dabei helfen soll, Wahlprogramme zu verstehen. Am Ende des Projektes steht die Stimmabgabe parallel zu den regulären Wahlen. Hier können sich auch Sportvereine einbringen, in dem sie ihre Vereinsheime als Wahllokale zur Verfügung stellen oder ihre Mitglieder informieren und mobilisieren. Oder aber das 2009 mit dem Heinz-Westphal-Preis ausgezeichnete Projekt *Rover Bundesunternehmen 2008 (rbu08)* der Roverstufe der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg: Bundesweit engagierten sich 16- bis 21-jährige Roverinnen und Rover in 120 Einzelprojekten zu politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Themen. Im Rahmen des Projektes schlossen die Jugendlichen eine Wette mit mehreren Unternehmen ab. Die Roverinnen und Rover wetteten, mindestens 101 Aktionen erfolgreich durchzuführen, die Unternehmen versprachen, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Und der Einsatz der Pfadfinder hat sich gelohnt: 40 neue Ausbildungsplätze sind entstanden!

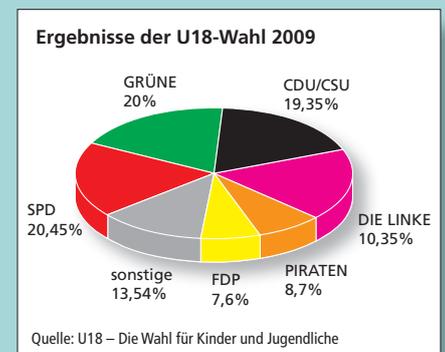
Den Diskussionsbeitrag von Sven Frye finden Sie als Audiodatei in unserer Online-Dokumentation.



Dr. Serge Embacher, Sven Frye, Christoph Dolle

Jugendwahl U18

Die Verantwortlichen beschreiben das Ziel des Projektes so: „Einerseits werden Kindern und Jugendlichen die Themen Politik und Wählen gehen in einer sehr realistischen Form nahe gebracht. Auf der anderen Seite wollen wir zeigen, dass Kinder und Jugendliche sehr wohl eine politische Meinung haben, die gehört werden sollte.“ Zur Bundestagswahl 2009 nahmen fast 130.000 Kinder und Jugendliche in 1.000 Wahllokalen bundesweit an der U18-Wahl teil.



Weitere Informationen:
www.u18.org

7. Mission possible! Nachwuchsförderung in Parteien kann gelingen

Die Jusos Hamm

Den Jusos in Hamm ist es durch eine aktive Jugendarbeit in den letzten Jahren gelungen, eine Vielzahl an Jugendlichen für ihre Sache zu interessieren. „Wir arbeiten viel mit anderen Organisationen zusammen, um die jungen Menschen abzuholen, die ohnehin schon aktiv sind. So haben wir zum Beispiel ein Bolzplatzprojekt ins Leben gerufen und uns mit anderen zusammengeschlossen, um in Hamm Bolz- und Freizeitplätze zu erneuern oder entstehen zu lassen“, erklärt Steffen Moor, stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer der Jusos in Hamm.

Weitere Informationen:
www.jusos-hamm.de



Ulrich Kelber, MdB

In Jugendverbänden können sich Kinder und Jugendliche mit politischen Themen beschäftigen; direkte politische Partizipation ist jedoch nur über die Parteien möglich. **Gerade die Parteien haben aber Schwierigkeiten, junge Menschen zu erreichen:** In den letzten 30 Jahren haben SPD und CDU etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, laut DJI-Jugendsurvey sind nur etwa 2 Prozent der Jugendlichen in einer Partei aktiv – eine Entwicklung, die die Stabilität unserer Demokratie beeinträchtigen kann. Denn wenn sich kaum noch Menschen parteipolitisch engagieren, dann werden auch nur die Interessen einer Minderheit politisch repräsentiert und immer weniger können sich mit dem politischen Geschehen identifizieren. **Deshalb ist es an den Parteien, ihre Bemühungen zu verstärken, Jugendliche für ihre Arbeit zu gewinnen.**

Sicher ist es nicht einfach, junge Menschen für die oft trockene und komplexe Parteiarbeit zu begeistern. Es gibt aber einige Maßnahmen, die sich gerade in den Ortsvereinen bewährt haben. „**Je konkreter und projektbezogener wir arbeiten, desto eher sprechen wir junge Leute an**“, so Christoph Dolle, Landesvorsitzender der Jusos Nordrhein-Westfalen. Es reicht aber nicht aus, Themen aufzugreifen, die junge Menschen bewegen. Die Jugendlichen müssen auch die **Möglichkeit zur echten Partizipation** erhalten, ihnen muss Gestaltungsmacht überantwortet werden, um längerfristiges Engagement zu erreichen. Parteipolitik muss für junge Menschen mit Spaß und Geselligkeit verbunden sein – schließlich muss sie im knappen Zeitbudget in Konkurrenz zu vielfältigen anderen Aktivitäten treten. „Das Gemeinschaftsgefühl und der persönliche Kontakt sind oft entscheidend für ein längerfristiges Engagement“, fügt Veith Lemmen, Koordinator der Juso-Hochschulgruppen in Nordrhein-Westfalen, hinzu. Die Arbeit in Netzwerken mit Jugendverbänden, -vereinen und -gruppen kann helfen, Jugendliche in informellen Zusammenhängen auf die Parteiarbeit aufmerksam zu machen. Großes Potenzial bietet das **Internet als jugendorientiertes Medium**. Entscheidend ist hier, dass sowohl die Sprache als auch die Gestaltung der Webseiten die Jugendlichen anspricht. Außerdem sollten Feedbackmöglichkeiten angeboten werden, damit ein direkter Austausch zwischen Jugendlichen und politisch Aktiven erleichtert wird. Und schließlich gilt es bei allen Bemühungen, die Grundvoraussetzung für ein Mehr an politischem Engagement zu beachten: **Politik muss glaubwürdig und verständlich sein.** Ulrich Kelber, MdB, bringt es auf den Punkt: „Man muss immer wieder inne halten und sich klar machen: Für wen mache ich warum was.“

Die Diskussionsbeiträge von Christoph Dolle, Veith Lemmen und Ulrich Kelber finden Sie als Audiodateien in unserer Online-Dokumentation.

8. Mächtig engagiert! Initiativen Jugendlicher können viel bewirken

Direktes Engagement für ein bestimmtes Projekt, zeitlich begrenzt, unverbindlich und ohne Formalitäten – das ist in Jugendinitiativen möglich. „Jugendinitiativen sind Gruppen von mindestens drei Personen, die ein gemeinsames Projekt organisieren, meistens ohne Vereinsstruktur und Mitgliedsbeiträgen. **Die Motivation der Jugendlichen ist es, in ihrem Umfeld eine bestimmte Aktion durchzuführen**“, erklärt Frank Schmitz, Berater für Jugendinitiativen des Vereins profundo. Die Jugendinitiative Rock gegen Rechts, eine Schülergruppe aus Hersbruck bei Nürnberg, gründete sich 2001, um mit einem Open-Air-Konzert auf die wachsende Fremdenfeindlichkeit in der Region und in ganz Deutschland aufmerksam zu machen. Weil das erste Konzert so erfolgreich war, entschlossen sich die Schülerinnen und Schüler, die Veranstaltung in den folgenden Jahren zu wiederholen. Das ist eine Entwicklung, die Jugendinitiativen häufig nehmen, weiß Frank Schmitz: „Wenn Jugendinitiativen mit ihren ersten Projekten erfolgreich sind, dann entscheiden sich die Jugendlichen oft, sich längerfristig zu engagieren und eine Vereinsstruktur zu etablieren.“ Das Engagement der Rock-gegen-Rechts-Initiatoren wurde 2004 mit dem Dietrich-Bonhoeffer-Preis und 2005 mit dem Karl-Heinz-Hirseman-Preis der SPD Mittel-franken belohnt.

Der Zusammenschluss zu einer Jugendinitiative ist für Jugendliche einfacher, wenn sie sowohl **finanziell als auch organisatorisch unterstützt werden**. Ein besonderes Konzept verfolgen hier die *Youth Banks*: Regionale *Youth Banks*, Jugendinitiativen aus drei bis zehn Jugendlichen, unterstützen die Projekte anderer junger Menschen vor Ort mit Tipps, Kontakten und Geldbeträgen bis zu 400 Euro. Sie sind so Anlaufstellen für Jugendliche, die sich für ein bestimmtes Projekt engagieren möchten und nach Hilfestellung suchen. Die regionalen *Youth Banks* erhalten ihre Mittel von Partnern wie der Deutschen Bank Stiftung oder der KPMG. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die das aus England stammende Projekt in Deutschland ins Leben gerufen hat, ist der Mittler zwischen den Youth Banks und den Partnern. Mit mittlerweile 23 regionalen Youth Banks kann das Motto der Initiative umgesetzt werden: „Mach was aus Deiner Idee!“



Stolpersteine für Krefeld

2005 entschied sich der Krefelder Stadtrat gegen eine Verlegung von Stolpersteinen (in das Pflaster eingelassene Gedenksteine, die vor den letzten selbst gewählten Wohnorten von Opfern des Holocausts an diese erinnern sollen). Schülerinnen und Schüler der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule in Krefeld wollten sich damit nicht abfinden. Sie sammelten 14.000 Unterschriften für das Bürgerbegehren „Stolpersteine“ – weit mehr als nötig gewesen wären.

Weitere Informationen:

www.ktginfo.de

Folgende u.a. Organisationen bieten Hilfe bei der Gründung von Jugendinitiativen:

www.youthbank.de

www.jugend-in-aktion.de

www.mitarbeit.de

www.jugendbeteiligung.info

www.profoundo.org

www.diegesellschaft.de

9. Alle müssen können dürfen! Engagementmöglichkeiten für alle

Sprachstube Deutsch*

Im Berliner Jugendprojekt *Sprachstube Deutsch*[®] unterrichten Jugendliche, vorwiegend mit Migrationshintergrund, Jüngere in Deutsch – ganz spielerisch und in den Haushalten der Familie. Die Jugendlichen spielen, singen, basteln und lesen mit den Kindern, sammeln so vorberufliche Erfahrungen und können sich im eigenen Umfeld engagieren. Das Projekt wurde 2007 mit dem Heinz-Westphal-Preis ausgezeichnet.

Weitere Informationen:
www.g-casablanca.de

Interkulturelle Orientierung bei ver.di

Ver.di hat 2003 das Programm *Cultural Mainstreaming* verabschiedet, um auf die Interessen von Migrantinnen und Migranten besser eingehen zu können. Ziel des Programms ist es, die Anliegen von Migrantinnen und Migranten stärker in das Blickfeld aller Ebenen der Gewerkschaft zu rücken und bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.

In Jugendverbänden, -vereinen und -initiativen, in Parteien und Gewerkschaften haben Jugendliche vielfältige Möglichkeiten, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. **Bislang werden mit diesen Angeboten aber nur bestimmte Jugendliche angesprochen:** Gerade junge Migranten oder Jugendliche mit geringerem Bildungsniveau sind nach Ergebnissen des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts kaum gesellschaftspolitisch organisiert und aktiv – **insbesondere die Mädchen sind hier betroffen**. Das liegt aber nicht etwa daran, dass sie weniger Interesse als andere hätten, Gesellschaft und Politik mitzugestalten.

Es ist also notwendig, dass gesellschaftliche und politische Aktive ihre Ansprache und ihre Angebote anpassen, um alle Jugendlichen erreichen zu können. Ein erster wichtiger Schritt ist es, die **Aktivitäten möglichst niederschwellig zu gestalten**. Bereits engagierte Jugendliche können als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eingesetzt werden. Und in **Netzwerken von Jugendverbänden** ist es auch für politische Akteure einfacher, Jugendliche für ihre Arbeit zu interessieren – zum Beispiel im Fußballverein oder in Tanzprojekten. Denn hier beteiligen sich viele junge Menschen, die sich in politischen Zusammenhängen nicht engagieren. Projekte, die direkt mit der Lebenswelt der Jugendlichen zu tun haben, Probleme, von denen sie selbst betroffen sind, machen es jungen Menschen einfacher, sich zu engagieren. Das zeigt sich in der gewerkschaftlichen Arbeit: Hier sind dem Jugendsurvey zufolge deutlich mehr 16- bis 29-jährige mit niedrigeren Bildungsabschlüssen aktiv. „Wir gehen in die Berufsschulen und klären die Schülerinnen und Schüler darüber auf, was Gewerkschaftsarbeit eigentlich ist und wofür sie gut ist. Wir haben festgestellt, dass die Bereitschaft, bei uns mitzuarbeiten, bei den Jugendlichen, die das wissen, deutlich höher ist“, so René Rudolf, DGB-Bundesjugendsekretär. Für eine verstärkte politische Partizipation junger Migrantinnen und Migranten haben **Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund eine wichtige Funktion**. Sie dienen als Vorbild und können vor Ort zu Vertrauenspersonen werden. Informationen sollten leicht verständlich aufbereitet werden. Darüber hinaus sollten Parteien, Vereine und Verbände ihre Programme und Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen zugänglich machen. Denn nur, wenn alle die Chance haben, sich darüber zu informieren, wofür verschiedene Akteure einstehen, können sie sich gesellschaftlich und politisch einbringen.

Den Diskussionsbeitrag von René Rudolf finden Sie als Audiodatei in unserer Online-Dokumentation.

10. Wir müssen nur woll'n?! Was Jugendliche für gesellschaftspolitisches Engagement brauchen

Für eine lebendige Demokratie ist soziales und politisches Engagement junger Menschen notwendig. Aber nicht immer nutzen Jugendliche ihre Chance, die eigenen Lebensverhältnisse mitzugestalten und nicht überall finden sie einen Weg, sich aktiv einzubringen. Aber es gibt – über alle Institutionen hinweg – Möglichkeiten, die aktive Mitwirkung Jugendlicher einfacher zu gestalten und sie langfristig für eine Aufgabe in Bürgerschaft und Politik zu begeistern.

Jugendliche können für gesellschaftspolitisches Engagement gewonnen werden, wenn

- sie Zeit haben, sich einzubringen.
- sie durch ihr Engagement Anerkennung erfahren.
- sie leichten Zugang zu Angeboten bürgerschaftlichen und politischen Engagements finden und Informationen leicht verfügbar sind.
- sie sich nicht langfristig engagieren und an eine Institution binden müssen.
- wenn sie sich in ihrem eigenen Umfeld mit ihren eigenen Themen beschäftigen können.
- wenn sie wissen, wofür sie sich einsetzen.
- wenn sie konkrete Ziele und konkrete Rahmenbedingungen erfahren.



René Rudolf, Veith Lemmen

Mitgehört am 12. Dezember 2009:

„Je mehr ich mich engagiere, umso mehr entdecke ich, dass es darum geht, den Menschen das Leben lebenswert zu machen.“

Lena, 23

„Mein politisches Bewusstsein ist durch meine Eltern geprägt worden. Politisches Engagement gehört zum Leben dazu!“

Steffen, 21

„Über die Angebote zur Teilhabe müsste breiter informiert werden, damit die Jugendlichen das auch erfahren.“

Britta, 19

„Ich engagiere mich, weil ich meine eigene gute Erfahrung weitergeben will.“

Nina, 24



Weitere Informationen

zu Veranstaltungs- und Bildungsangeboten der FES im Bereich Jugend unter www.fes.de/themen/jugend

- wenn es Angebote für unterschiedliche Interessen gibt.
- wenn sie altersgerecht angesprochen werden – das betrifft sowohl die Sprache als auch das gewählte Medium.

Jugendliche sind dann zu einem längerfristigen Engagement bereit, wenn

- ihre ersten Bemühungen erfolgreich waren.
- Ältere ihre Probleme und ihren Einsatz ernst nehmen.
- die Entscheidungsprozesse innerhalb der Organisation, in der sie aktiv sind, transparent sind.
- sie die Möglichkeit haben, wirklich über die Entwicklung der Organisation oder des Projektes, in der und für das sie sich engagieren, mitzubestimmen.
- sie Gestaltungsfreiheit erhalten.
- andere engagierte Jugendliche ihre Erfahrungen an sie weitergeben.
- die etablierten Akteurinnen und Akteure Kontroversen zulassen.
- sie Verantwortung übernehmen dürfen.
- die Älteren bereit sind, Macht abzugeben.
- ihnen die bürgerschaftliche oder politische Arbeit Spaß macht und mit dem Knüpfen neuer sozialer Kontakte bzw. dem Kennenlernen anderer Jugendlicher verbunden ist.



Wir danken den Mitwirkenden:

Michael Arnold, Mitorganisator des Rock-gegen-Rechts-Festivals in Hersbruck
 Julia Böhnke, Vorstandsmitglied SV-Bildungswerk
 Christoph Dolle, Landesvorsitzender der NRW Jusos
 Dr. Serge Embacher, Politikwissenschaftler und Publizist
 Sven Frye, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings
 Prof. Dr. Gerhard Himmelmann, Universität Braunschweig
 Nina Horré, ehem. Bonner Bezirksschülersprecherin
 Miriam Hübner, Beraterin für Demokratiepädagogik im BLK-Transferprogramm Rheinland-Pfalz
 Ulrich Kelber, Mitglied des Deutschen Bundestages
 Valerie Lange, Lektorin und Redakteurin
 Veith Lemmen, Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen NRW
 Steffen Moor, stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer Jusos Hamm
 Birgit Nawrath, Beratung, Training, Coaching
 Katharina Oerder, Bezirksvorsitzende der Jusos Bonn
 René Rudolf, Bundesjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes
 Frank Schmitz, profundo-Beratung Jugendinitiativen
 Alexander Slonka, Geschäftsführer Mehr Demokratie e.V. Landesverband NRW
 Christopher Unger, Moderator, Student Politikwissenschaften und Journalismus
 Benedikt Widmaier, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung des Bistums Mainz
 Behnaz Zoghi, Teamerin im Ausstellungsprojekt „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen“ des Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung *Demokratie (be)leben* vom 11. Dezember 2009, die sich mit ihren Erfahrungen und Ideen eingebracht haben.



Anne Haller, Forum Jugend und Politik

Weiterführende Literatur

EUYOUPART. Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union

siehe

www.sora.at/de/start.asp?b=312

Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts

siehe

www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=66

Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm der SPD – Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland – Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Jung, politisch, sucht –
Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar – Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“
Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
Zwei unterschiedliche Begriffe – ein Phänomen der Diskriminierung?
- Nr. 28 Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration
- Nr. 31 Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser
- Nr. 32 Was ist gerechte Politik?
- Nr. 33 Populismus.
Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 34 Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive
- Nr. 35 Respekt und Zumutung
Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft

